

Wohl nicht nur wegen Weihnachten: RFW-Anträge einstimmig angenommen! Wirtschaftsparlament tagte



Karl Simon

Bei der Novembersitzung des Burgenländischen Wirtschaftsparlaments wurde den Anträgen des Ringes Freier Wirtschaftstreibender jeweils einstimmig zugestimmt.

Als Fraktionsobmann verlangte ich Initiativen zur Sicherheitspolitik im Land ebenso wie als Südburgenländer Maßnahmen gegen die weitere Abkoppelung unserer Region, beispielsweise durch eine brauchbare verkehrsmäßige Anbindung an das im Norden längst bestehende hochrangige Straßennetz.

Entgegen den bekannten Aussagen mancher selbsternannter „Experten“ gibt es seit Schengen bei weitem nicht die vorgegaukelte „Sicherheit“! Jene, welche von zunehmenden Schäden durch Einbrüche, Diebstähle und Zerstörungen in den Betrieben und Geschäften betroffen sind, wissen, dass meine vorgebrachten Forderungen berechtigt sind. Neben der öffentlichen Hand sollen die burgenländischen Betriebe des Sicherheitsgewerbes zum verstärkten Schutz angesprochen werden.

Es ist nicht einzusehen, dass Autobahnen und Schnellstraßen nur bis in den Bezirk Oberpullendorf reichen. Die Verlängerung dieser Verkehrsebene ist zur Hilfestellung für alle Betroffenen umgehend in Angriff zu nehmen. Jene, die fast täglich diese Routen durch die Ortschaften nehmen müssen, werden dies ebenso als Entlastung registrieren, wie jene, die unter den zunehmenden Ortsdurchfahrenden leiden.

Alle Fraktionen haben meinen Anträgen zugestimmt. Ich nehme nicht an, weil Weihnachten vor der Tür steht. Aktuelle Anliegen im Interesse der gewerblichen Wirtschaft sollten endlich unabhängig von der Jahreszeit - und unabhängig von der Fraktion des Antragstellers unterstützt werden,

meint Ihr / Dein

Del. z. WP Karl Simon
RFW-Landesobmann

Der Ring Freier Wirtschaftstreibender
wünscht ein schönes Weihnachtsfest
und viel Glück im Jahr 2009

Wie hoch ist „unser“ Heizkostenzuschuss?

RFW: Umverteilung ohne Ende

KMUs zahlen - über Stromkosten - Weihnachtszuckerl mit

Als VP-Steindl vor kurzem „irrtümlich“ eine Heizkostenzuschusserhöhung durch die BEWAG signalisierte, wurde er umgehend zurückgepfiffen.

Jetzt ist es, laut SP-Niessl, fix: Die Heizkostenzuschussbezieher erhalten zu „ihrem“ Zuschuss, einen weiteren Zuschuss, den die BEWAG finanziert. Euro 300.000,- beträgt die stolze Summe. „Was wir als Einmannbetriebe daraus lernen können“, fragt sich RFW-Obmann-Stv. Mag. Elisabeth Krenn?

„Erstens, dass Politiker immer mit fremden

Geld prahlen wollen“, sonst hätte Niessl Steindl nicht korrigieren lassen müssen.

„Zweitens, dass wir Selbstständige - über unsere Stromkostenzahlungen - diese Weihnachtszuckerl der Politiker mitzuzahlen haben, und - drittens, dass auf diese

Weise die laufende miese Umverteilungspolitik - trotz neuer Regierung - kein Ende findet...

RFW: Entlastungspaket für Unternehmer

Ziele -

- Stärkung des Wirtschaftsstandortes
- Steuergerechtigkeit
- Entlastung der Leistungsträger

Einkommensteuer -
Kampf gegen kalte
Progression:

Steuergerechtigkeit muss wieder hergestellt werden! Die Besserstellung von Kapitalgesellschaften (25% KöSt) gegenüber Einpersonenern und Personengesellschaften muss beseitigt werden. Gleiche Besteuerung für alle Unternehmer unabhängig ihrer Rechtsform! So muss auch im Bereich der Kapitalgesellschaften die Mindest-KöSt fallen. Herabsetzung der Steuersätze bzw. die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage muss Priorität haben!

Wahlordnung 2010:

RFW verlangt freie und geheime Wahl Wahl“handlung“ 2005 darf sich nicht wiederholen

Anlässlich der vor wenigen Tagen absolvierten Landeskongresskonferenz des RFW-Burgenland wurde eine der Verfassung entsprechende Wirtschaftskammerwahl 2010 gefordert.

Jenen, denen dieses Verlangen unverständlich erscheint, darf in Erinnerung gerufen werden, dass es 2005 viele Kritiken bei der Handhabung der erstmals möglichen „Briefwahl“ gab. Vor allem waren es die Parteiorganisationen von VP & SP, die über Funktionäre den Wahlberechtigten jene Hilfen anboten, damit sich diese den Gang zum Wahllokal ersparten.

„Bei allem Verständnis für eine möglichst hohe Wahlbeteiligung“, so der RFW-Vorstand, „sei die Beachtung

der Grundsätze für eine persönliche, freie und geheime Wahl unumgänglich.“

„Nicht von ungefähr“ war daher das Ergebnis der ersten Briefwahl 2005 im Burgenland: Von den etwa 7000 Wählern gaben ca. 3000 ihre Stimme schon vor der Wahl (Briefwahl) ab.

Forderung: Entweder es gibt durch eine neue Wahlordnung eine jederzeit nachvollziehbare Berücksichtigung obiger Grundsätze oder der RFW-Burgenland verlangt die Abschaffung der Briefwahl.

„Auch hier gilt“, so der RFW-Burgenland abschließend, „Qualität vor Quantität!“



Endloses Thema „Landestankstellen“: Bieler mit Latein am Ende? Landesrat verzerrt Wettbewerb

Dass der umstrittenste „Landesrat“ die meisten Ressorts besetzt, ist bekannt. Mit den Kompetenzen seiner selbst sieht es allerdings gegenteilig aus:

Laut letzter „Hofberichterstattung“ des ORF (24.11.08) „können mit der Initiative ‚Billig Tanken im Burgenland‘ Pkw-Lenker seit 1. September 2008 billiger Diesel tanken...“

Hat sich Herr Bieler schon die Frage gestellt, wie sinnvoll sein Wahlgag für einen Jennersdorfer Pendler ist, der 80 km zur nächstgelegenen „Billig-Bieler-Tankstelle“ zu reisen hat?

Hat er sich schon überlegt, warum die „Landes“-Tankstellen um mickrige Cent billiger sein können? Offenbar hat er bis heute nicht kapiert, dass die gleichen Konditionen alle gewerblichen Betriebe dann auch schaffen, wenn das Land die Lohn- und Lohnnebenkosten berappt? Offenbar nicht, denn er ist ja nur „Finanzreferent“ in

der Regierung. Und hier hat er längst bewiesen, von Budgetpolitik keine Ahnung zu haben.

Vielleicht hat er bei dieser unsinnigen, die seriös Steuer zahlenden Betriebe vernichtenden, Aktion nur die Fahrzeuge seiner Straßenbauabteilung im Auge gehabt. Einem Referat von dem er ebenso wenig versteht, wie er ignoriert, dass durch die wettbewerbsverzerrende Vorgangsweise Arbeitsplätze & Betriebe vernichtet werden.

Ein sozialdemokratisches „Finanzgenie“ übersieht eben gern, dass selbst Treibstoffpreise seriös kalkuliert sind, wenn man davon leben muss! Was für einen Politiker nicht gilt, der täglich vom vollgetankten Dienstauto, selbstverständlich gesteuert vom Chauffeur der Landesregierung, abgeholt und nach Hause gebracht wird...

Rot-schwarzes Stückwerk wird fortgesetzt: Neue (alte) Koalition setzt Leistungsfeindlichkeit fort! Steuerreform herbe Enttäuschung

„Als besondere Provokation“ sieht der RFW-LV Burgenland die vorgesehene ‚Steuerreform‘, die allen Ankündigungen Lügen strafe. Bei der kürzlichen Klausurtagung des RFW im Mittelburgenland, zeigte man sich insbesondere davon enttäuscht, dass der Mittelstand mit lächerlichen Almosen abg gespeist werde.

Finanzexperten haben längst errechnet, dass die kalte Progression seit Festsetzung des Höchststeuertarifes von 50 % ab einer Bemessungsgrundlage von € 51.000,-/ (1991) zwischenzeitig den Wert von € 80.000,- erreicht habe. Die inzwischen festgesetzte Anhebung auf lediglich € 60.000,- zeige, auf welche miese Art

und Weise man Klein- und Mittelbetriebe, sowie deren qualifizierte Mitarbeiter, behandle.

Von einer wirksamen Entlastung könne keine Rede sein, so der RFW-Burgenland, vor allem habe man die Leistungsträger völlig ignoriert. Besonders sei man von VP-Chef Pröll und seiner Partei enttäuscht, die ständig ihre Wirtschaftskompetenz beteuerten. Von einer Klassenkampftruppe wie der SPÖ habe man sich nichts anderes erwartet, weshalb einzig der Ring Freier Wirtschaftstreiber die wichtige Position dieser Wählergruppe vertritt, da sie letztlich auch für den Großteil der österreichischen Arbeitsplätze verantwortlich ist.

Gefährliche „Drohung“: „Experten“ beraten Finanzkrise Was will rot-schwarzes Politikabinet?

„Wie ernst soll der Burgenländer solche Ankündigungen noch nehmen“, fragt RFW-LOStv. Ing. Günther Michlits?

Im ORF-Special heißt es „Experten gegen Auswirkungen der Finanzkrise“ großsprecherisch. Was dahinter steckt: „Experten“ von WIBAG, RMB, AMS und Land sollen sich zu regelmäßigen Arbeitsgesprächen treffen, damit will man die Finanzkrise meistern. Zumindest ist der Soziallandesrat (Peter Rezar) vom Erfolg überzeugt.

„Nichts als eine unwirksame Beruhigungspille, mehr sicher nicht“, kennt der gelernte Burgenländer die übliche Selbstbeweihräucherung rot-schwarzer „Kastenbildung“! Schön allein, im stillen Kämmerlein, um sich nur ja jedwede Kritik von außen zu ersparen. „Man ist ja selbst ohnedies am gescheitesten“, ätzt Michlits und zählt

gleich auf: Bank Burgenland, BAWAG, Regionalmanagement Burgenland/Töchter... samt kürzlich gefeuerte Manager, etc.

Und abschließend: „Kann man schon von Experten reden, nur weil die Herrschaften von WIBAG, RMB, AMS, etc. kommen?“

Wie viel Geld und Nerven, Lohn- und Lohnnebenkosten, könnte sich das Land jährlich ersparen, wenn obige Einrichtungen, samt ihrer völlig unnötigen Beurteilungskommission, dem Aufsichtsrat und vor allem der wohlbestallte Vorstand, endlich abgeschafft würden. „Geht nicht“, ist sicher die erste Reaktion, „da würden ja weit mehr als einhundert Parteigänger von Rot & Schwarz ihre Supergagen-Jobs verlieren.“ Und natürlich den Einfluss auf die Fördervergaben....

Niessl & Nemeth im Duo: Kraftloses „Kraftpaket“? Wirkungslose Show

Wie die internationalen Finanzexperten wollten offenbar auch Hans Niessl und Peter Nemeth ihre Kompetenz signalisieren. In einer eilig einberufenen PK versprühten sie mit einem „Vierpunkteprogramm“ Burgenländische Rettungshilfe.

Das kürzlich von Niessl & Nemeth vorgestellte „Kraftpaket“ verspricht „Haftungen durch das Land, Risikokapital und erhöhte Zinsenzuschüsse“. Zur Realisierung verlangt die WIBAG von Betrieben den Nachweis des erhaltenen Kredites um die Haftungsübernahme vom Land zu erreichen. Die Banken weigern sich allerdings, eine Promise herauszurücken - und wenn - nur widerwillig...

Erste Anfragen, bei WIBAG und WK, haben aber Interessierte gleich wieder auf den Boden der Realität zurückgeholt: Statt konkreten Informationen oder gar Antragsfor-

mularen hab es lediglich enttäuschendes Achselzucken. „Wir können noch nichts Konkretes sagen, wir müssen uns erst selbst informieren!“

Frage an Niessl & Nemeth, was hat diese „großsprecherische Medienkampagne“ für einen Sinn?

„Keinen - sie dient nur der Selbstdarstellung und einem gescheiterten Beruhigungsversuch enttäuschter Kreditwerber“, ärgert sich LO-Stv. Ing. Günther Michlits.

Typisch Politiker von Rot & Schwarz: Mit ORF-Hilfe sich wichtig machen, die Leistung gleich null. Eine Entschuldigung für den WK-Präsidenten: Vielleicht ist er noch zu sehr mit seiner eigenen Förderung am neuen Standort - bei eiligst organisierter Infrastruktur der Gemeinde - beschäftigt?